

KARIN GABBERT

## SPIELRAUM VERSPIELT

ECUADOR VOR DEN WAHLEN

Am 19. Februar 2017 finden in Ecuador Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Die seit zehn Jahren amtierende Regierungspartei Alianza País tritt nicht mehr mit dem aktuellen Präsidenten Rafael Correa an und das Land befindet sich in einer Wirtschaftskrise. «Fällt» die nächste linke Regierung in Lateinamerika oder kann der Vormarsch der Rechten aufgehalten werden? So einfach stellt sich die Frage nicht. Wer auch immer die Wahlen gewinnen wird: Der Spielraum der nächsten Regierung ist durch Schulden, gestärkte Machtgruppen, geschwächte Bewegungen und eine noch stärkere Abhängigkeit vom Weltmarkt deutlich geschrumpft.

### AUFSTIEG UND NIEDERGANG EINER UTOPIE

«Die ersten Schiffe nach Europa legen ab. Sie sind beladen mit Kakao, Bananen, Kaffee und Thunfisch in Dosen.» Diese Meldung stammt nicht aus dem 19. Jahrhundert, als die junge Nation Ecuador mit Kakaoexporten ihre Integration in den Weltmarkt begann. Nein, so titelten die ecuadorianischen Zeitungen am letzten Tag des 16. Jahres des 21. Jahrhunderts. Aufmacherfotos zeigten Schiffe und Container im Hafen von Guayaquil, gefeiert wurde das am 1. Januar 2017 in Kraft getretene Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union.

Dabei war die Regierung des Ökonomen Rafael Correa vor zehn Jahren explizit angetreten, um eben solche Freihandelsabkommen zu verhindern. Noch 2006 schrieb er: «Während eine angemessene Spezialisierung und der Handel zwischen Ländern mit ähnlichem Entwicklungsstand sie gegenseitig profitieren lässt, bedeutet eine extreme Handelsliberalisierung zwischen Wirtschaften mit großen Produktivitäts- und Wettbewerbsunterschieden hohe Risiken für die Länder mit geringerem Entwicklungsstand. [Eine solche Liberalisierung] bringt die Gefahr der Zerstörung ihrer Produktionsbasis und damit verbunden von Arbeitsplätzen mit sich, was zusammen eine echte soziale Explosion bedeutet.»<sup>1</sup>

Die Regierung Correa kam 2006 ins Amt, als die politische Stimmung von sozialen Bewegungen geprägt war, die im Kampf gegen die desaströsen neoliberalen Politiken der 1980er und 1990er Jahre auf dem ganzen Kontinent erstarkt waren und sich gegen die von den USA geplante Freihandelszone für ganz Amerika (ALCA) zusammengeschlossen hatten. ALCA scheitern zu lassen gilt als eine der wichtigsten Errungenschaften der linken Regierungen, die ab 1999 in Südamerika gewählt wurden.

In Ecuador war die Indígena-Bewegung die stärkste dieser sozialen Bewegungen. Anfang der 1990er Jahre trat sie zum ersten Mal mit aller Macht auf die politische Bühne, nachdem Gewerkschaften und Parteien abgewirtschaftet hatten und kaum mehr eine Rolle spielten. Die Wahl Correas kann als Folge dieser Kämpfe gesehen werden. Anfangs brachten die sozialen Bewegungen radikale Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus in das Regierungsprojekt ein, die sich aus ihrem jahrhundertelangen Widerstand und ihren Unterdrückungserfahrungen speisten. Ihr Einsatz mündete 2008 in einer international beachteten Verfassung, die unter anderem die Rechte der Natur sowie gemeinschaftliche Formen des Wirtschaftens und Lebens berücksichtigt, was unter dem Begriff *Buen Vivir* Menschen weltweit inspirierte, über Alternativen zum kapitalistischen Wirtschaften und Leben nachzudenken.

Doch die Regierung Correa gab diese utopischen und radikalen Elemente der Verfassung in den letzten Jahren weitgehend auf. Spätestens seit 2011 hat die Regierung einen pragmatischen Kurs eingeschlagen und den ecuadorianischen, vom Weltmarkt abhängigen Kapitalismus modernisiert, was je nach politischer Ausrichtung positiv oder negativ bewertet wird.

Die Parole vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts wird allenfalls noch im Ausland ernst genommen. Im Land selbst wird die radikale Rhetorik der Regierung nur noch als leere Hülle empfunden. Zum Beispiel wird bei fast jeder Eröffnung einer Straße – von denen sehr viele, teilweise sechsspürige, gebaut wurden – die erfolgreiche «Revolution» gefeiert und Plakate verkünden: «Tenemos carretera, tenemos Patria!» («Wir haben Autobahnen, also haben wir ein Vaterland!»). Auch das Wahlprogramm der Regierungspartei Alianza País ist in «zwölf Revolutionen» gegliedert, die aber eigentlich Politikfelder, wie Bildung, bezeichnen.

## UNENTSCHEIDEN UND ENTPOLITISIERT

Alianza País tritt nach drei gewonnenen Präsidentschaftswahlen erstmals nicht mehr mit Rafael Correa an, sondern mit Lenín Moreno, der zwischen 2007 und 2013 erster Vizepräsident unter Correa war. Die Partei kann darauf bauen, dass etwa ein Drittel der Wahlbevölkerung für sie stimmt. Dieses wünscht sich Kontinuität und schätzt die spür- und sichtbaren Investitionen und Modernisierungen, wie etwa das ausgebaute Straßennetz.

Allerdings hängen diese Erfolge stark von den staatlichen Einnahmen ab, die wiederum an die Erdölpreise gekoppelt sind. Seit 2015 sind die staatlichen Einnahmen durch die fallenden Ölpreise eingebrochen. 2013 lag der Preis für ein Barrel Erdöl noch bei 96 US-Dollar, 2015 nur noch bei 42 US-Dollar. Hinzu kommt, dass das schwere ecuadorianische Erdöl pro Barrel zwischen fünf und zehn US-Dollar weniger einbringt als die Referenzsorte Brent. Als der Preis auf dem Weltmarkt Anfang 2016 bei 26 US-Dollar lag, bekam Ecuador zwischen 16 und 21 US-Dollar für ein Barrel. Der Produktionspreis liegt aber bei etwa 40 US-Dollar, womit der Erdöllexport für Ecuador zum Zuschussgeschäft wurde. Als im April 2016 dann noch ein Erdbeben einen Teil der ecuadorianischen Küste verwüstete, war die vom Erdöllexport abhängige Wirtschaft doppelt getroffen und Zehntausende staatliche Angestellte in Verwaltung und Ölfirmen mussten entlassen werden.

Die während Correas Regierungszeit von 14 Prozent der Bevölkerung auf 27 Prozent gewachsene Mittelklasse hat demzufolge massive Abstiegsängste. Im Alltag ist die Krise zum Beispiel an Hamsterkäufen in Kolumbien sichtbar. An Sonn- und Feiertagen bilden sich lange Schlangen an der Grenze, weil Toilettenpapier, Waschmittel oder Windeln im Nachbarland gekauft werden. Ecuador hat seit 1999 keine eigene Währung mehr, sondern verwendet den US-Dollar. Dadurch hat das Land nicht – wie seine Nachbarn – die Möglichkeit, die Währung abzuwerten, was zur Folge hat, dass Produkte des täglichen Lebens für viele nicht mehr erschwinglich sind.

Im ersten Halbjahr 2016 sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um vier Prozent. Durch die seit Juni wieder leicht angestiegenen Ölpreise sowie durch eine enorme Schuldenaufnahme hatte die Regierung im zweiten Halbjahr wieder mehr Mittel zur Verfügung und das BIP fiel im Jahresdurchschnitt «nur» um 1,6 Prozent. Correa stellte dies per Twitter als «Rekordzeit bei der Überwindung der Rezession» dar. Viele KommentatorInnen sehen dies aber nur als die Folge von Maßnahmen, um bis zur Wahl die Krise der Wirtschaft abzufedern. Sie rechnen damit, dass die vermeintliche Stabilität nur etwa bis Mitte des Jahres 2017 «hält».<sup>2</sup>

Die Wirtschaftskrise sowie die grassierende Korruption haben das Vertrauen in die Politik und die PolitikerInnen nachhaltig beschädigt. Zahlreiche Korruptionsskandale verdeutlichten, dass sich viele Personen, PolitikerInnen und Institutionen an den – in der ecuadorianischen Geschichte einmalig hohen – Staatseinnahmen unter Correa bereichert haben. Die aufgedeckten Skandale führten aber nicht zu einer Mobilisierung der Bevölkerung: Der Wahlkampf ist lahm, die Bevölkerung nicht interessiert, und die Themen beruhen mehr auf Werbeslogans denn auf politisch-sachlichen Auseinandersetzungen. Es sei das erste Mal seit vielen Jahrzehnten, dass es vor einer Wahl keine Demonstrationen, ideologischen Debatten oder Auseinandersetzungen gibt, sagen politisch Interessierte. Die Zeit der von der Regierung selbst

erklärten «Bürgerrevolution» habe die Gesellschaft entpolitisiert, da der Staat die Debatten zunehmend steuere und eine gesellschaftliche Diskussion nicht mehr erwünscht sei.

Zum ersten Mal seit dem Amtsantritt Correas ist eine Mehrheit der EcuadorianerInnen vor einer Wahl unentschieden. Vor allem junge Menschen und Frauen sehen sich durch die Parteien nicht repräsentiert. Gäbe es in Ecuador keine Wahlpflicht für 18- bis 65-Jährige, läge die Wahlenthaltung bei circa 60 Prozent (16- und 17-Jährige sowie alle über 65 können, müssen aber nicht wählen).

## LENÍN MORENO VERSPRICHT WANDEL

Lenín Moreno steht vor der Herausforderung, Kontinuität zu betonen (mit dem Slogan «Die gewonnene Dekade») und gleichzeitig Wandel zu versprechen, um genug Stimmen aus dem enorm angewachsenen Lager der Unzufriedenen zu gewinnen. Dazu muss er sich vor allem vor Rafael Correa abheben, der weithin als autoritär und autokratisch wahrgenommen wird. Moreno betont seine Gesprächsbereitschaft und möchte auf soziale Bewegungen zugehen.<sup>3</sup> Das wäre ein grundsätzlicher Kurswechsel gegenüber der Politik Correas, der aus einem konservativ-katholisch geprägten Umfeld kommt und immer wieder den Eindruck vermittelt, einen demokratischen Disput zu verachten. Dies zeigte sich beispielhaft in seiner Rede auf der Trauerfeier für Fidel Castro. Dort sagte er an den Verstorbenen gerichtet: «Wahrscheinlich verstandest Du wegen Deiner jesuitischen Bildung sehr gut den Ausspruch von San Ignacio de Loyola, nach dem in einer belagerten Festung jedwede Uneinigkeit Verrat bedeutet.»<sup>4</sup>

Lenín Moreno kann den Wandel glaubwürdig nach außen vertreten, weil er eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber Correa bewahrt hat. Er genießt eine hohe Popularität, vor allem weil er die erste prominente Politik für Menschen mit Behinderung angestoßen hat. Mit der staatlichen «Misión Solidaria Manuela Espejo» zogen ab Juni 2009 Brigaden von Haus zu Haus, um Menschen mit Behinderung erstmals zu registrieren und ihre Bedürfnisse zu erfassen. Danach bekamen sehr viele von ihnen medizinische und finanzielle Unterstützung. Als Moreno, der selbst im Rollstuhl sitzt, sich 2013 als Vizepräsident zurückzog, bewerteten ihn 98 Prozent der Bevölkerung positiv.

Moreno gilt auch als unabhängig, weil er nicht Correas Wunschkandidat war. Bis zuletzt wurde darüber spekuliert, ob er eine eigene Partei gründen würde. Präsident Correa favorisierte seinen aktuellen Vizepräsidenten Jorge Glas. Doch Glas ist als blasser Technokrat so wenig beliebt, dass seine Kandidatur die Gewinnchancen für Alianza País empfindlich reduziert hätte.

Ziel von Alianza País ist es, gleich im ersten Wahlgang zu gewinnen. Dafür bräuchte Moreno mehr als 50 Prozent der Stimmen oder aber mehr als 40 Prozent mit 10 Prozent Vorsprung zum Zweitplatzierten. Lange sah es so aus, als sei ihm der Sieg sicher, doch die Umfragewerte für Moreno sinken langsam, Ende Januar lagen sie zwischen 24 und 36 Prozent.

## MORENOS LINKE UND RECHTE KONKURRENZ

Als Kandidat links von Moreno tritt Paco Moncayo an, unterstützt wird er von der Parteienallianz Acuerdo Nacional por el Cambio, bestehend aus der wiedergegründeten sozialdemokratischen Partei Izquierda Democrática, der Partei der Indígena-Bewegung Pachakutik und der Unidad Popular, hervorgegangen aus der maoistischen MPN. Dabei ist die größte

Leistung der Indígena-Bewegung, sich auf diesen Kandidaten geeinigt zu haben, anstatt, wie es zunächst aussah, sich auf mehrere – auch rechte – KandidatInnen aufzuspalten. Diese Einigung stärkt die Bewegung, sie hat dadurch die Chance, drei bis sieben Abgeordnete ins Parlament zu bekommen.<sup>5</sup> Paco Moncayo selbst wurde sowohl als Bürgermeister der Hauptstadt als auch als General im Grenzkrieg gegen Peru geschätzt. Er nimmt die Forderungen der sozialen Bewegungen auf und arbeitet eng mit der Indígena-Bewegung zusammen. Außerdem ist er der einzige Kandidat, der sich explizit gegen ein totales Abtreibungsverbot ausspricht. Abtreibung ist in Ecuador – auf Druck von Präsident Correa – sogar nach einer Vergewaltigung verboten und wird mit Gefängnis bestraft.<sup>6</sup> Paco Moncayo kommt je nach Umfragen auf acht bis 14 Prozent.<sup>7</sup> Er genießt im Hochland gerade durch die Zusammenarbeit mit der Indígena-Bewegung hohe Popularität. An der Küste allerdings, wo die Mehrheit der WählerInnen lebt, gewinnt er trotz vieler Wahlkampftouren nicht dazu.

Die Rechte tritt gespalten an. Der Versuch, sich auf den mächtigen rechten Bürgermeister von Guayaquil, Jaime Nebot, zu einigen, scheiterte offenbar auch daran, dass er nicht riskieren wollte, seinen politischen und ökonomischen Einfluss als Bürgermeister der reichsten Stadt des Landes für eine Präsidentschaft aufs Spiel zu setzen, die jeder, der gewinnt, zu den schlechtesten wirtschaftlichen Bedingungen der letzten zehn Jahre antritt. So stellt seine sozial-christliche Partei PSC ihre langjährige Abgeordnete Cynthia Viteri auf, die während des Wahlkampfes von Provinz zu Provinz und von Haus zu Haus zieht und kontinuierlich in den Umfragen zulegt. Sie repräsentiert das freundliche Gesicht der alten Oligarchie. Sie verspricht, die Gehälter in der Privatwirtschaft zu erhöhen, die Steuern und Energiepreise zu senken sowie Freihandel, Liberalisierung der Arbeitsnormen und gleichen Lohn für Männer und Frauen durchzusetzen.

Viteris stärkster rechter Konkurrent ist Guillermo Lasso mit seiner Partei CREO. Lasso ist Ex-Präsident der Banco de Guayaquil und einer der reichsten Männer Ecuadors. Er buhlt um den Teil der rechten Klientel, der während der Regierungszeit Correas aufgestiegen ist, sowie um die Unterstützung der führenden GroßunternehmerInnen, die von der Regierung Correa wirtschaftlich profitiert und ihre Macht innerhalb des ecuadorianischen Marktes in den letzten zehn Jahren weiter ausgebaut haben.<sup>8</sup> Die Regierung Correa hatte mit ihnen trotz gegenteiliger Rhetorik einen Pakt geschlossen, auch wenn diese Unternehmergruppen weiterhin die «Gängelung durch den Staat» kritisieren. Lasso muss also im Revier von Alianza País wildern, indem er die Partei ideologisch angreift. Er verspricht, Kontrollmechanismen wie den staatlichen Partizipationsrat abzuschaffen. Bei jungen, unentschiedenen WählerInnen versucht er mit dem Versprechen zu punkten, das Erdöl im Yasuni<sup>9</sup> nicht auszubeuten. Außerdem will er eine Million Arbeitsplätze schaffen, unter anderem durch Steuersenkungen und Freihandelszonen innerhalb Ecuadors. Allerdings ist Lasso als Ex-Banker sowohl bei vielen UnternehmerInnen als auch bei vielen WählerInnen verhasst. Letztere erinnern sich noch an das traumatische Jahr 1999, in dem die Banken schlossen, ihre eigenen Gewinne sicherten und die Menschen ihr Ersparnis verloren. Damals wurde die Währung Sucre abgeschafft und der US-Dollar eingeführt.

Sowohl Viteri als auch Lasso liegen Ende Januar in den Umfragen einige Punkte vor Paco Moncayo. MARKET, das

der PSC nahestehende Umfrageinstitut, sieht Cynthia Viteri bei 18 und Lasso bei 16 Prozent. CEDATOS, das Institut das Lasso nahesteht, prognostiziert für Viteri 11,4 und Lasso 22,9 Prozent.

Für Lenín Moreno und Alianza País ist die Spaltung der Rechten in der ersten Runde von Vorteil. In einer Stichwahl dagegen vermutlich nicht mehr: Mehrere Umfragen gehen davon aus, dass Lenín Moreno bei einer Stichwahl nur gegenüber dem unbeliebten Lasso gewinnen würde, während sowohl Cynthia Viteri als auch Paco Moncayo eine Mehrheit der linken und der rechten Opposition auf sich vereinen und damit die Wahlen gewinnen könnten. So scheint kurz vor der Wahl noch alles offen: Es ist immer noch möglich, dass Alianza País im ersten Wahlgang gewinnt und wieder den Präsidenten sowie die Mehrheit im Parlament stellt. Unklar ist, ob Lenín Moreno dann seine angekündigte Offenheit auch praktizieren wird.

### CHANCE AUF EINEN NEUEN POLITIKSTIL

Zu demokratischen Debatten wäre Moreno erst dann gezwungen, wenn Alianza País im Parlament keine Mehrheit mehr hätte. Daher setzen auch einige Linke darauf, Sitze im Parlament zu bekommen, um dort den Raum für wichtige gesellschaftliche Debatten um Themen wie den Extraktivismus, die Sozialpolitik, das Rechtssystem und die Bildung zu eröffnen. Vielleicht wäre das eine der wichtigen Lehren der zehn Jahre Regierung Correa: Weniger auf die Macht des Präsidenten zu setzen als auf die demokratische Debatte im Parlament. Diese schätzen zu lernen wäre neu für Ecuador. Eine in diesem Sinne schwächere Regierung Lenín Moreno wäre daher als positiv zu bewerten. Außer Alianza País kann keine Partei damit rechnen, sowohl die Regierung zu stellen als auch eine Mehrheit im Parlament zu bekommen.

Egal wer am Ende regieren wird: Die Zeit der durch Erdöleinnahmen gut gefüllten Staatskassen ist vorbei. Selbst wenn der Ölpreis weiter steigen sollte, hat sich der Staat auf Jahrzehnte verschuldet. Damit sind die Spielräume für jedwede staatliche Politik stark reduziert.

Der von der Regierung Correa in großem Stil geförderte Bergbau als *die* Zukunftsökonomie – mit der großzügigen Vergabe von Konzessionen an internationale Minenfirmen – hat außerdem zu ungewohnt gewaltsamen Auseinandersetzungen, insbesondere mit der indigenen Bevölkerung, geführt.<sup>10</sup> In welcher ungünstiger Verhandlungsposition sich die Regierung gegenüber den Minenfirmen befindet, belegt das im Dezember 2016 kurz vor Weihnachten durchgepeitschte Gesetz «Ley de Plusvalía», das eigentlich die Immobilien- und Landspekulation eindämmen sollte. Allerdings wurden in diesem Gesetz ausgerechnet die Minenfirmen für die ersten 48 Monate von ihren Steuern auf «übermäßige Gewinne» befreit, die vorher mit 70 Prozent besteuert wurden. Auch dieses Gesetz zeigt die Kehrtwende, die Correa im Laufe seiner Amtszeit vollzogen hat: Noch zum Amtsantritt erwirkte die Regierung «gerechtere» Abgaben der transnationalen Konzerne bei der Förderung von Rohstoffen, in erster Linie Erdöl.

Auch bezüglich des Freihandelsabkommens mit der EU zeigt sich dieser Kurswechsel. 2009, im dritten Jahr seiner Regierungszeit, trat Correa, ebenso wie Bolivien, aus den Verhandlungen mit der EU über das Freihandelsabkommen aus, während die rechten Regierungen in Peru und Kolumbien dieses ratifizierten.<sup>11</sup> Correas Idee damals war ein Handelsabkommen «zwischen Gleichwertigen», womit er die

ungleichen Machtbeziehungen in den Handelsabkommen mit der EU grundsätzlich infrage stellte. Doch die EU zeigte keinerlei Verhandlungsbereitschaft und Ecuador konzentrierte sich zunächst darauf, Handelsbeziehungen zwischen den links regierten Ländern Lateinamerikas auszubauen. Allerdings bezogen sich diese nur auf den Austausch von Geld und Waren, eine regionalisierte Spezialisierung der Produktion entstand nicht. So orientierte sich die Wirtschaftspolitik Correas immer mehr an klassischen Rezepten: Staatsintervention und Zusammenarbeit mit nationalen Großunternehmen. Kleine, diversifizierte und regionale Produktion – zum Beispiel von Nahrungsmitteln – geriet in diesem Modell in Verruf, «rückständig» oder unmodern zu sein.

### ECUADOR VERFÜHRT EUROPA?

Ende 2016 trat Ecuador dem Freihandelsabkommen mit der EU dann doch bei. Am 1. Januar 2017 schrieb die größte Tageszeitung *El Universo* die alte neue Abhängigkeit unfreiwillig deutlich direkt auf die Titelseite: «Der europäische Konsument ist ernährungsmäßig gebildet. Der Exportsektor bereitet sich darauf vor, ihn zu verführen.» Zwar hat der Handelsminister einige – teilweise sehr lange – produktbezogene Fristen für die vollständige Öffnung des ecuadorianischen Marktes herausgehandelt, doch es bleibt im Kern das Abkommen, das die Regierung Correa nie unterzeichnen wollte. Dieser Sinneswandel war Folge der Wirtschaftskrise, aber auch Ergebnis der Erpressung durch die EU, die Zollpräferenzen für Ecuador auslaufen ließ. Davon wären zwar nur wenige große Unternehmen betroffen gewesen. Diese wickeln aber fast den gesamten Export von wichtigen Gütern außerhalb des Erdöls ab, eben mit «Kakao, Bananen, Kaffee und Thunfisch in Dosen». Die traditionelle Exportoligarchie stellt damit einen entscheidenden Wirtschafts- und Machtfaktor dar, den die Regierung nicht gegen sich aufbringen konnte und wollte.

So unterzeichnete die Regierung Correa dieses Abkommen – auf Kosten des internen Marktes, der kleinen ProduzentInnen, Unternehmen und Genossenschaften. Laut dem regierungsnahen CELAG setzte sie damit Forderungen der Unternehmerschaft um, «um den Preis, dass die untergeordnete Einordnung in den Weltmarkt fortgeführt wird. Man möchte so die Exporte steigern, aber dabei muss man auch die gegenteiligen Effekte beachten, die dies haben kann – die Reprimarisierung der Wirtschaft und die steigende Abhängigkeit von Importen, wenn die europäischen Produkte zollfrei nach Ecuador kommen.» In Zeiten hoher Staatseinnahmen war ein solches Abkommen nicht nötig. Doch nun ist jede künftige ecuadorianische Regierung den alten und neuen internationalen Finanzinstitutionen sowie den wirtschaftlichen Machtgruppen im eigenen Land wieder ausgeliefert – wie vor dem Amtsantritt der Regierung Correa, die mit Enthusiasmus angetreten war, ebendies zu ändern.

Karin Gabbert leitet das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Quito.

Dollar, die in den kommenden anderthalb bis fünf Jahren mit Öllieferungen zurückgezahlt werden müssen. Schon für 2016 schätzt Pablo Ospina Zahlungen für interne und externe Schulden 2016 auf Grundlage von Daten der ecuadorianischen Zentralbank auf 9 Milliarden US-Dollar – demgegenüber gab die Regierung für Bildung und Gesundheit 2015 zusammen 5,2 Milliarden aus. **3** In einem Brief an seine Partei schrieb Moreno am 30. März 2016: «Wir müssen uns fragen: Was hat uns von einigen Frauenorganisationen entfernt? Was hat uns von Sektoren der Indígena-Bewegung entfernt?» **4** San Ignacio de Loyola war ein General aus dem Baskenland und Gründer des katholischen Jesuitenordens im 16. Jahrhundert. Fidel Castro ging bei den spanischen Jesuiten auf Kuba zur Schule. **5** Für das Parlament treten 15 Parteien mit eigenständigen Listen an. Von diesen konnten die acht PräsidentschaftskandidatInnen teilweise mehrere Parteien hinter sich versammeln. **6** Abgeordnete von Alianza País, die dies im Parlament diskutieren wollten, wurden vor das Disziplinarkomitee der Partei gestellt. **7** Die Umfrageinstitute gehören jeweils einem politischen Lager an und ihre Ergebnisse sind entsprechend gefärbt. Noch schwieriger macht die Prognose die hohe Zahl der Unentschiedenen. **8** Das regierungsnaher Lateinamerikanische Strategiezentrum für Geopolitik CELAG schreibt: «Die Großunternehmen [machen] 3,8 Prozent aller Unternehmen aus, erwirtschafteten aber 73,4 Prozent aller Umsätze innerhalb Ecuadors. Diese Zahlen belegen die hohe Konzentration unter den ecuadorianischen Unternehmen.» **9** 2007 hat die ecuadorianische Regierung vorgeschlagen, das Erdölvorkommen des ITT-Feldes im Nationalpark Yasuni unter der Erde zu lassen, um die einzigartige biologische Vielfalt zu erhalten und die nicht kontaktierten indigenen Völker, die in diesem Gebiet leben, zu respektieren. Als Gegenleistung verlangte die Regierung internationale Ausgleichszahlungen. Am 16. August 2013 verkündete Rafael Correa, dass die ITT-Blöcke für Ölbohrungen freigegeben werden. Im Oktober 2016 begann die Ölförderung in dem Gebiet. **10** Siehe hierzu: Consejo de Gobierno del Pueblo Shuar Arutam: Carta del pueblo Shuar Arutum al país y al mundo. En algún lugar de la Cordillera del Cóndor, 4.1.2017, unter: <https://intercontinentalcry.org/es/carta-del-pueblo-shuar-arutum-al-pais-y-al-mundo/>. Eine englische Version ist ebenso verfügbar. **11** Die Unterzeichnung führte in Kolumbien dazu, dass sich die Handelsbilanz mit der EU von einem Überschuss von 1,36 Millionen US-Dollar 2013 auf ein Minus von 2,26 Millionen US-Dollar verschlechterte.

### LITERATUR

CELAG – LATEINAMERIKANISCHES STRATEGIEZENTRUM FÜR GEOPOLITIK: Informe político pre-electoral en Ecuador, 2016, unter: [www.celag.org/informe-politico-pre-electoral-en-ecuador/](http://www.celag.org/informe-politico-pre-electoral-en-ecuador/).

IBARRA, HERNÁN: El eclipse de la revolución ciudadana ante las elecciones de 2017, in: Ecuador Debate 99, 2016, S. 7–14.

ITURRALDE RUÍZ, PABLO: Escena Política Electoral 2017, 29.1.2017, unter: <https://periferiapost.wordpress.com/2017/01/29/escena-electoral-2017/>.

MACHADO, DECIO: Una campaña electoral sin chicha ni limona, 25.1.2017, Interview unter: [www.lalineadefuego.info](http://www.lalineadefuego.info). MONTECRISTI VIVE: Entre la inercia y el desencanto. Análisis de coyuntura electoral, 18.12.2016, unter: <http://montecristivive.com/entre-la-inercia-y-el-desencanto/>.

ORTIZ CRESPO, SANTIAGO: Los laberintos de la Revolución Ciudadana en Ecuador, in: Nueva Sociedad 266, 2016, S. 84–97.

OSPINA, PABLO: Fin de año, fin de ciclo. Informe de coyuntura, 2016, unter: [www.cepecuador.org/images/PDFs/coyuntura\\_ecuador\\_diciembre\\_2016.pdf](http://www.cepecuador.org/images/PDFs/coyuntura_ecuador_diciembre_2016.pdf).

VILLAVICENCIO, ARTURO: El cambio de la matriz productiva o la mayor estafa política de la historia, 4.7.2016, unter: [www.planv.com.ec/historias/sociedad/el-cambio-la-matriz-productiva-o-la-mayor-estafa-politica-la-historia](http://www.planv.com.ec/historias/sociedad/el-cambio-la-matriz-productiva-o-la-mayor-estafa-politica-la-historia).

---

### IMPRESSUM

STANDPUNKTE 2/2017 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung V.i.S.d.P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Januar 2017

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

**1** Correa, Rafael: El sofisma del libre comercio, in: Acosta, Alberto/Correa, Rafael et al. (Hrsg.): El Rostro oculto del TLC, Abya Yala 2006. **2** Die Regierung warf von Juli bis Dezember 2016 Staatsanleihen in Höhe von 2,75 Milliarden US-Dollar auf den Markt. Zusätzlich nahm sie in China Kredite von zwei Milliarden US-Dollar auf und beim IWF einen Kredit über 364 Millionen US-Dollar. Daneben verschaffte der Verkauf von Ölfeldern und noch zu förderndem Öl kurzfristig Luft. So bekam das Finanzministerium von einer staatlichen thailändischen Gesellschaft sowie einer aus Oman frisches Geld in Höhe von 1,545 Milliarden US-